

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen, Zeile 5 Mark und 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Jouhaux über die Deutschen Werke.

Die überflüssigen Forderungen der Entente-Kommission.

Der Abbau der militärischen Kontrollapparate.

Die Internationale Arbeitskommission verläßt nach ihrer acht-tägigen Studienfahrt durch Deutschland, bei der sie die auf die Friedensproduktion umgestellten vormaligen Munitionswerkstätten besichtigt hat, heute Berlin. Mit ihrem Mitglied, dem französischen Sozialistenführer Jouhaux, der, wie bekannt, der erste stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Gewerkschaftsföderation ist, hatte unser F. J.-Mitarbeiter eine Unterredung über die von der Kommission gewonnenen Eindrücke.

„Können Sie, Herr Jouhaux, mir etwas über die Ergebnisse Ihrer Enquête mitteilen?“
„Wir haben die Ueberzeugung gewonnen, daß in allen Werken, die wir besichtigt haben, die Bestimmungen und Vorschriften des Friedensvertrages loyal und vollkommen erfüllt sind.“

„Die Durchführung der letzten Note der Interalliierten Kontroll-Kommission stellt also unberechtigte Forderungen?“

„Nach unserer Ansicht sind die Forderungen zum mindesten überflüssig. Eine zuverlässige Sicherheit freilich gegen die Erneuerung der Produktion von Kriegsmaterial kann schwerlich durch technische Veränderungen allein geboten werden. Die beste Garantie liegt in der Entschlossenheit der Arbeiterschaft, sich jeder unerlaubten Herstellung von Kriegsgerät zu widersetzen. Und aus diesem Grunde möchte ich Ihnen nicht verhehlen, daß wir den Fall der Rostroh-Werke gerade deswegen besonders bedauern.“

„Aber bei den Rostroh-Werken handelt es sich doch um einen vereinzelt Fall, der in jedem Lande passieren könnte und bei dem die Regierung, wie auch die Entente zugelen muß, eine ganz einwandfreie Rolle gespielt hat.“

„Gewiß, das will ich gern glauben; aber Sie werden einsehen, daß diese Angelegenheit den Anfängern der scharfen Richtigkeits in Frankreich Wasser auf ihre Mühlen geleitet hat, und den Verständigkeitsfreunden ihre Arbeit erschwert.“

„Wie denken Sie über die Note der britischen Regierung an die Volschaffter-Konferenz, in der sie für den Abbau der militärischen Sanktionen am Rhein und die Beschränkung der Ueberwachungs-Kommission eintritt?“

„Die Annahme dieser Vorschläge würde natürlich einen gewaltigen Fortschritt auf dem Wege der allgemeinen Entspannung bedeuten.“

„Und wie etwa stellen Sie sich nach Ihren jüngst gewonnenen Erfahrungen die Beschränkung des Ueberwachungs-dienstes vor?“

„Nach meiner Ansicht wird es zweckmäßig sein, daß die militärischen Kommissionen durch einen Ausschuß von etwa einem Duzend zivil-Sachverständigen, denen von der Deutschen Regierung natürlich ebenfalls alle Möglichkeiten zu einer umfassenden Prüfung eingeräumt würden.“

„Das wäre gewiß zu begrüßen, zumal damit auch die bei der noch immer herrschenden nervösen Stimmung begreifliche Reizung fortfiel, die das Erscheinen der fremden Militärs nun einmal mit sich bringt. Aber denken Sie auch an eine Beteiligung von ausländischen Arbeitern bei dieser neuen Kontrollkommission?“

„Auch dies ließe sich erwägen. Ich würde aber darauf nicht einmal sonderliches Gewicht legen.“

Zum Schluß betonte Herr Jouhaux noch einmal seine Ueberzeugung, daß die beste Garantie für die Abriistung in dem festen und erklärten Willen der deutschen Arbeiterschaft liege, daß sie sich unter keinen Umständen zu der verbotenen Herstellung oder zur Verheimlichung von Kriegsmaterial hergeben werde.

Wiederaufbau mit deutschen Arbeitern.

Am „Chemin des Dames“.

wf Paris, 30. November.

Wiederaufbauminister Loucheur empfing heute zwei parlamentarische Vertreter aus der Gegend des Chemin des Dames, die ihn im Namen der dortigen Bevölkerung ersuchten, deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau zu berufen. Loucheur erklärte den beiden Delegierten, falls Deutschland statt der dafür versprochenen 1200 Mann 3000 Arbeiter schicken könnte, würde der Chemin des Dames mit in erster Linie berücksichtigt werden. Loucheur hob hervor, daß die Berufung deutscher Arbeiter nur erfolgen kann, wenn Deutschland die Löhne bezahlt. Falls der Versuch in der Gegend von Chauines günstig ausfällt, würden die Bewohner der anderen Sektoren der verwüsteten Gebiete amtlich davon in Kenntnis gesetzt werden. Loucheur hat sich während der heutigen Unterredung gegen eine Abstimmung der geschädigten Bevölkerung über die deutsche Mitwirkung beim Wiederaufbau ausgesprochen.

Ultimatums vollkommen verändert werden. Infolgedessen unter-suche man eine Reihe von Maßnahmen, um die Reparations-leistungen in natura aufrecht zu erhalten und lediglich die Geldzahlungen zu stunden. Lloyd George sei übrigens schon seit geraumer Zeit der Ansicht, daß es im allgemeinen In-teresse läge, zusammen mit den alliierten Kriegsschulden auch die deutschen Reparationsschulden zu unterdrücken mit Ausnahme derjenigen, die dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete dienen sollen. Er denke dabei vor allem an die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Festlegung der Flottenstärken.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Washington, 30. November.

Die Marinefachverständigen Amerikas, Englands und Japans hielten heute eine Beratung ab. Man erwartet zu Montage eine Voll-sitzung der Konferenz, in der über die bisherigen Ergebnisse der Ausschüßberatungen über die Flottenabrüstung Bericht erstattet werden wird. Admiral Beatty, der morgen nach London abreist, hielt in New York im Lawyers Club eine Rede, in der er sich sehr optimistisch äußerte. Er sagte, daß der Zweck der Konferenz heute schon als erfüllt gelten könne, und daß der Erfolg seines Erachtens gewiß sei.

Prinz Tokugawa hat nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ erklärt, daß Admiral Kato lediglich seine eigene Meinung zum Ausdruck brachte, als er für Japan den 70 prozentigen Standard an Stelle des von Hughes vorgeschlagenen 60 prozentigen verlangte. Man glaubt übrigens, daß Japan die Verhältnisse zahlen 5:5:3 endgültig annehmen wird, weil die amerikanischen Delegierten eine unverkürzte Annahme des Hughes-schen Vorschlages verlangen.

Stundung.

Von

Georg Bernhard.

Sowohl über London wie über Paris sind in den letzten Tagen dauernd Nachrichten eingelaufen, die von den Absichten sprechen, die deutschen Reparationsbedingungen zu mildern. Diese Mitteilungen haben zunächst eine positive und günstige Wirkung ausgeübt: die Berliner Dollarnotierung ist gestern bis unter 240 zurückgegangen. Ein neuer Beweis dafür, daß die sturzartige Entwertung der Mark während der letzten Monate zum großen Teil das Werk von Spekulanten gewesen ist. Gleichzeitig ein Zeichen dafür, daß, wenn auch nur die geringste Aussicht auf energische Finanzmaßnahmen zugunsten Deutschlands von außen oder innen sich eröffnet, die Mark sich erheblich bessern muß. Ebenso sicher ist es auch, daß die Aussicht auf weitere und dauernde Besserung der Mark sowohl die Vorräte fremder Noten aus den deutschen Schlupfwinkeln hervorzubringen, als auch die ins Ausland geflüchteten Markvermögen sehr schnell zurückrufen wird. Es gibt eben in Wirklichkeit nur ein großes und dauernd Erfolg versprechendes Mittel gegen alle Vermögensverflechtungen: die Furcht des Kapitals, durch Auslandsanlagen und Notenzahlung Verluste zu erleiden.

Bieten nun die bis jetzt vorliegenden Nachrichten begrün-deten Anlaß zu der Hoffnung, daß Deutschlands Reparations-lasten in absehbarer Zeit herabgemindert werden? Man kann diese Frage sehr wohl mit Ja beantworten, und doch gleichzeitig vor einem übertriebenen Optimismus warnen. Es bedeutet zweifellos schon einen sehr erheblichen Fortschritt, daß in der Weise, wie es jetzt dauernd geschieht, über das deutsche Reparationsproblem in der breitesten Öffentlichkeit gesprochen werden kann, ohne daß selbst die französische Presse noch unter allen Umständen die Tatsache einer not-wendigen Neuordnung der deutschen Reparationslast zu ver-schleiern trachtet.

Das zeugt immerhin von einer erfreulichen Klärung der psychologischen Voraussetzungen, die für alle Verhandlungen gegeben sein müssen. Diesen Erfolg — man kann ihn so hoch oder so gering, wie immer man will, einschätzen — verdankt Deutschland einzig und allein der folgerichtig betriebenen Erfüllungspolitik der letzten Monate. Der erste Versuch, die durch das Londoner Ultimatum auferlegten Leistungen auszuführen, hat schwere wirtschaftliche Schädigungen für die ganze Welt hervorgerufen. Diese schädigenden Wirkungen waren vernünftigerweise vorzusehen. Aber die Welt hat an sie nicht früher glauben wollen, bis sie sie vor Augen hat. Diese Politik der ehrlichen Erfüllung hat aber schließlich auch eine andere voraussehbare Wirkung gehabt. Sie hat die Führung des Beweises deutscher Böswilligkeit immer schwerer gemacht und damit auch in Frankreich außerhalb des Be-reiches der Zeitungsschreiber und der Kammerreden den Ein-fluß der Realpolitik gestärkt, die wirtschaftliche Tatsachen höher bewerten als nationallistische Phrasen. Solche Wirkun-gen wären nie erzielt worden, wenn die deutsche Regierung sich weiter, wie die Regierungen bis zum Londoner Ultima-tum es taten, lediglich in Protesten erschöpft hätten. Oder wenn gar die den französischen Hepposteln durchaus gleich-wertigen politischen Kraftmeier in Deutschland die Oberhand gewonnen hätten. Dann würde heute nicht von Erleichterungen der Reparationslasten und nicht von Aufhebungen der militärischen Sanktionen die Rede sein, sondern es stünde die Besetzung des Ruhrgebietes bevor oder wäre sogar schon längst vollzogen.

Trotzdem würde es völlig falsch sein, sich jetzt einem schran-kenlosen Optimismus zu überlassen. Es muß sich erst er-weisen, wie weit von den schönen Reden und Zeitungsarti-keln, die namentlich aus London kommen, noch die rettende Tat entfernt ist. Man darf niemals außer Betracht lassen, daß es sich dabei um hochpolitische Dinge handelt. Man weiß namentlich nie, wie weit derartige Neuerungen in England darauf berechnet sind, auf oder gegen Frankreich zu wirken.

Wenn es den Engländern wirklich darauf ankommt, Be-träge der deutschen Reparationsverpflichtungen zu stunden, so bietet der Artikel 234 des Friedensvertrages ihnen Gelegenheiten, durch Mehrheitsbeschluß der Wiedergut-machungskommission die Zahlungsfristen auszudehnen und die vorgeesehenen Tilgungsarten zu ändern. Dieser Artikel 234 des Friedensvertrages steht nach wie vor in Kraft. Er ist von dem Londoner Ultimatum nicht berührt, denn das Londoner Ultimatum war nichts weiter als die Ausführung des Artikels 233 des Friedensvertrages, auf den der Artikel 234 sich ausdrücklich bezieht und durch den bestimmt wird, daß die interalliierte Kommission spätestens am 1. Mai 1921 der deutschen Regierung den Gesamtbetrag ihrer Verpflich-tungen mitteilen und einen Tilgungsplan aufstellen wird. Nur der Verzicht auf Reparationsbeträge bedarf nach Artikel 234 der Einstimmigkeit der interalliierten Kommission. Ein Verzicht kommt aber nach Lage der Dinge vorläufig nicht in Betracht. Für alle Stundungen genügt der Mehrheitsber-

Frankreich und das Moratorium.

Bei „Stundung“ Ersatz durch eine Kreditoperation.

wf Paris, 30. November.

Ein Teil der französischen Blätter bezeichnet die Nachricht, daß England ein Moratorium für die deutschen Zahlungen vor-schlagen will, als sensationelle Ueberraschung. In Wirk-lichkeit ist die Möglichkeit eines Deutschland zu gewährenden Auf-schubs von mindestens zwei Jahren in den letzten Wochen viel in französischen politischen Kreisen besprochen worden. Die inspirierte Presse hat wiederholt angedeutet, daß spätestens nach dem Fe-bruartermin eine Pause in den deutschen Zahlungen eintreten dürfte. Poincaré hat vor einiger Zeit im „Matin“ darauf hin-gewiesen, daß der Wiedergutmachungsausschuß ein Moratorium mit Stimmenmehrheit beschließen könnte und Frankreich deshalb nur eine Herabsetzung der deutschen Schulden, für die Einstimmigkeit erforderlich wäre, zu verhindern vermöchte. Von einer Ueberraschung kann also jedenfalls für die politisch und wirtschaftlich interessierten Kreise keine Rede sein.

Der „Temps“ erklärt heute abend, scheinbar offiziös, die Wieder-herstellung des Wohlstandes Deutschlands sei zweifellos von von Nutzen, aber man dürfe ihn nicht durch Opferung Frankreichs erkaufen, sonst würde die wirtschaftliche Lage Europas nur ver-schlimmert. Bei Ausschub der deutschen Zahlungen müßte Frank-reich durch eine Kreditoperation Ersatz für den Ausfall geboten werden. Im übrigen sei zu beachten, daß die Sanierung der Finanzen Deutschlands nicht allein durch ein Moratorium er-zielt werden könnte. Vor allem müßten gewisse finanzielle Miß-bräuche in Deutschland abgestellt werden.

Der Londoner Korrespondent des Blattes erklärt, in England sei man sich über die budgetären Schwierigkeiten klar, die Frank-reich erwachsen würden, wenn die Bedingungen des Londoner